

URGENT ACTION

WEITER KEINE GERECHTIGKEIT IM AYOTZINAPA-FALL

MEXIKO

UA-Nr: UA-010/2024-1 AI-Index: AMR 41/8206/2024 Datum: 24. Juni 2024 – ar

Angehörige von 43 verschwundenen Studierenden aus Ayotzinapa

Am 3. Juni traf sich der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador mit den Familienangehörigen der 43 Studierenden einer Hochschule in Ayotzinapa, die 2014 „verschwunden“ waren. Nach Angaben der Behörden wurden den Angehörigen während des Treffens etwa 15 Dokumente übergeben, nachdem diese vom Verteidigungsministerium die Herausgabe von mehr als 800 Unterlagen gefordert hatten. Amnesty International wird die Ermittlungen in dem Fall weiterverfolgen und fordert die mexikanischen Behörden auf, alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Angehörigen der Opfer die Wahrheit erfahren und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden können.

Die Angehörigen der 43 Verschwundenen und die Organisationen, die sie unterstützen, haben die Regierung von Andrés Manuel López Obrador in der Vergangenheit mehrfach aufgefordert, dafür zu sorgen, dass das Militär mehr als 800 für die Ermittlungen wichtige Dokumente herausgibt. Amnesty International hat an die Behörden appelliert, dafür zu sorgen, dass das Verteidigungsministerium die Dokumente so schnell wie möglich zur Verfügung stellt und dass internationale unabhängige Expert*innen, die an den Untersuchungen beteiligt waren (*Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes – GIEI*), diese Dokumente überprüfen.

Am 3. Juni traf sich Präsident Obrador erstmals seit September 2023 wieder mit den Angehörigen der 43 verschwundenen Studierenden aus Ayotzinapa. Die mexikanische Regierung teilte mit, dass der Präsident während des Treffens etwa 15 Dokumente aushändigte, nachdem die Angehörigen der Opfer das Verteidigungsministerium zuvor aufgefordert hatten, mehr als 800 Unterlagen herauszugeben. Die bei der Sitzung anwesenden Organisationen erklärten, Präsident Obrador habe von mehr als 250 Sucheinsätzen vor Ort berichtet, aber keine Fortschritte bei der Identifizierung der Studierenden dargelegt. Vielmehr warf er der GIEI vor, die Ermittlungen zu behindern. Der Präsident sicherte zu, bis zum Ende seiner Amtszeit weiter mit den Angehörigen in Kontakt zu bleiben und die angehende Präsidentin Claudia Sheinbaum dazu zu verpflichten, sich ebenfalls in dem Fall einzusetzen.

Die Öffentlichkeitsarbeit durch Amnesty International und andere Organisationen, die von Präsident Andrés Manuel López Obrador die Herausgabe aller Dokumente bezüglich des Verschwindenlassens der 43 Studierenden forderte, trug dazu bei, die Ermittlungen weiter im öffentlichen Bewusstsein zu halten und die Forderung nach Gerechtigkeit für die Angehörigen zu unterstützen. Amnesty International wird die Ermittlungen weiterverfolgen und fordert die mexikanischen Behörden auf, alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Angehörigen der Opfer die Wahrheit erfahren und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.

Weitere Appelle sind derzeit nicht erforderlich. Vielen Dank allen, die sich in dem Fall eingesetzt haben.

Weitere Informationen zu **UA-010/2024** (AMR 41/7679/2024, 6. Februar 2024)

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

IBAN: DE 233 702050 0000 8090100 . BIC: BFS WDE 33XXX .

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

